



Mittwoch, 02. September 2020, 15:00 Uhr
~14 Minuten Lesezeit

Die Furcht vor der Klarheit

Obduktionen an mit dem Virus Verstorbenen werden kaum vorgenommen — haben die Verantwortlichen Angst, die Ergebnisse könnten ihr Corona-Kartenhaus zum Einsturz bringen?

von Jörg Gastmann
Foto: Skyward Kick Productions/Shutterstock.com

Nur Obduktionen schaffen Klarheit, wie gefährlich ein Virus ist. Umso merkwürdiger ist es, dass sie in einer so gänzlich auf Corona fokussierten Gesellschaft noch immer Seltenheitswert haben. Der Petitionsausschuss des Bundestags gab unlängst eine Petition „Obduktionen als verpflichtende Maßnahme bei Epidemien“ frei. Eine Chance für Experten wie Dr. Wodarg und Prof. Bhakdi, die Hysterie zu beenden? Darüber sprach Jörg Gastmann im Interview mit dem Petenten Dirk Westerheide.

Jörg Gastmann: Herr Westerheide, warum haben Sie beim Petitionsausschuss des Bundestags eine Petition zur Obduktionspflicht von Corona-Toten eingereicht?

Dirk Westerheide: Ich habe mich schon zu Beginn der Corona-Krise gewundert, dass so gut wie keine Obduktionen stattfanden. Nur durch Obduktionen erhält man belastbare Daten und Erkenntnisse über die Gefährlichkeit und Therapiemöglichkeiten bei Covid-19, und damit eine valide politische Entscheidungsgrundlage. Dass Politik und Medien stattdessen ohne valide Grundlagen Angst vor einer allgemeinen Todesgefahr verbreiten, macht die Leute irre. Die alles entscheidende politische Frage des Jahrzehnts ist daher, ob die mit COVID-19 in Verbindung gebrachten Toten *an* oder *mit* Sars-CoV-2-Infektion starben. Genauer gesagt: Wie viele tatsächlich daran starben. Denn die offizielle Statistik ist durch die Definition „positiver PCR Test zum Zeitpunkt des Todes oder irgendwann davor“ ohne jegliche Aussagekraft.

Obduktionen haben zwei mögliche Ergebnisse. Entweder ist Covid-19 die extrem gefährliche neue Krankheit, wie es Politik und Medien behaupten. Oder Covid-19 ist nicht gefährlicher als das Influenza-Virus. Dann brähe das Kartenhaus der buchstäblichen Schreckensherrschaft zusammen. So oder so hätten wir endlich Klarheit.

Hinzu kommt, dass die Regierung nur durch Obduktionen ihrer Fürsorgepflicht nachkommen kann, weil so in möglichst kurzer Zeit die optimalen Behandlungsmöglichkeiten erforscht werden können. Da die Bundesregierung dies nicht tut, macht sie sich meines Erachtens mindestens der unterlassenen Hilfeleistung schuldig.

Für die Petition heißt das: Bürger, die an die Gefährlichkeit von Covid-19 glauben, können mit der **Unterzeichnung von Petition Nr. 109434**

https://epetitionen.bundestag.de/content/petitionen/_2020/_04/_09/Petition_109434.html) endlich allen „Coronaleugnern“ das Argument entziehen, Covid-19 sei nicht sonderlich gefährlich, und zudem die Entwicklung von Medikamenten und möglichst unbedenklichen Impfstoffen vorantreiben. Beim Reizwort Impfung sei angemerkt, dass diese selbstverständlich nur freiwillig angeboten werden darf.

Bürger, die nicht an die Gefährlichkeit von Covid-19 glauben, können mit der Unterzeichnung von Petition Nr. 109434 allen „Coronahysterikern“ deren Hauptargument entziehen, Covid-19 sei von hoher Tödlichkeit. Es gibt also keinen Grund, dass nicht alle 61,5 Millionen Wahlberechtigten unterzeichnen sollten, um die wichtigste Frage des Jahrzehnts zu klären.

Warum finden nicht mehr Obduktionen statt als bei Professor Klaus Püschel vom Hamburger Universitätsklinikum?

Es gab mehr, aber nicht viele. In meiner Recherche fand ich kaum Berichte über Corona-Obduktionen. Pathologie-Professor Gustavo Baretton vom Uniklinikum Dresden erklärte im April bei **Punkt.Preradovic** (<https://www.youtube.com/watch?v=AHaij0flUKo>), dass die Zahl der Corona-Obduktionen selbst mitten in der Corona-Welle lediglich bei durchschnittlich null bis fünf bei jeder der 36 deutschen Universitätskliniken lag (einzige Ausnahme: Hamburg), also im kleinen einstelligen Prozentbereich aller Todesfälle.

Am Uniklinikum Aachen gibt es seit April **ein Obduktionsregister** (<https://www.ukaachen.de/kliniken-institute/institut-fuer-pathologie/register-covid-19-obduktionen/register-vorstellung.html>), dass aber der Öffentlichkeit keine Ergebnisse bekannt gibt, obwohl das Virus die Welt lahmlegt. Warum halten 35 Unikliniken ihre Ergebnisse geheim, während Professor Püschel vom Hamburger Universitätsklinikum bei **SWR 1**

<https://www.youtube.com/watch?v=mPM1CZlvN10>) über seine Ergebnisse nach weit über 200 Obduktionen berichtete? Welche andere Erklärung dieser Geheimhaltung ergibt einen Sinn, als dass es Anweisungen aus der Politik gab, keine Ergebnisse zu veröffentlichen, die das Schreckensnarrativ der Regierung gefährdet?

Genau das ist nämlich das Ergebnis der Hamburger Obduktionen. Professor Püschel erklärte wörtlich:

„Ohne Vorerkrankung ist in Hamburg an Covid-19 noch keiner gestorben. Dieses Virus ist nur im Ausnahmefall eine tödliche Krankheit, in den meisten Fällen jedoch eine überwiegend harmlos verlaufende Virusinfektion. Alle Mutmaßungen über einzelne Todesfälle, die nicht sachkundig überprüft worden sind, schüren nur Ängste.“

Obduktionen: Ein Zwischen-Fazit

Womit wir beim Hauptthema wären: Wie ist denn der Zwischenstand bei den Obduktionen, die bisher stattfanden?

Laut Professor Püschel starb von „weit über 200“ offiziellen Hamburger Corona-Toten kein einziger an Covid-19, sondern alle an tödlichen Vorerkrankungen. Covid-19 spielte bei rund der Hälfte keine und bei der anderen Hälfte eine mal kleinere und mal größere Nebenrolle. Das ist wie bei Krebskranken, für die eine Influenza-Erkrankung die Lebenserwartung durchaus um ein paar Tage oder Wochen verkürzen kann, aber nicht die primäre Todesursache ist.

Dem entgegen steht die Charité Berlin, die erklärte, man habe 11 von 173 Berliner Corona-Toten obduziert. Diese 11 seien alle an Covid-19 gestorben. Allein schon die Tatsache, dass sich die Charité 6

Prozent der Toten herauspickt und 94 Prozent der offiziellen Berliner Corona-Toten nicht obduziert, macht die Aussage unglaublich. Hinzu kommt der nahe liegende Verdacht, dass die Charité wie ihr Aushängeschild Professor Christian Drost politisch stark motiviert ist.

Das Klinikum Lüdenscheid ordnete nach **sieben Obduktionen** (<https://www.wa.de/nordrhein-westfalen/coronavirus-nrw-corona-covid-19-pathologie-friemann-luedenscheid-interview-13765117.html>) von durchweg zuvor zwangsbeatmeten Verstorbenen mit „ganz erheblichen Hauptleiden“ die Todesursache in allen Fällen Covid-19 zu. Dabei fiel mir auf, dass die beschriebenen Symptome dem entsprechen, was ich von Experten als typische Folge einer Zwangsbeatmung beschrieben las. Als interessierter Laie würde ich sagen: Da wäre eine zweite, unabhängige Meinung sinnvoll, und zwar von kompetenten Pathologen ohne Angst um den Job.

Professor Püschels Ergebnisse passen jedenfalls besser zur

Bloomberg-Meldung

(<https://www.bloomberg.com/news/articles/2020-03-18/99-of-those-who-died-from-virus-had-other-illness-italy-says>): „Italiens Gesundheitsbehörde sagt, 99 Prozent derer, die am Virus starben, hatten andere Krankheiten.“

Pathologie-Professor Gieri Cathomas vom Kantonsspital Baselland und Alexandar Tzankov, Leiter des Fachbereichs Autopsie am Universitätsspital Basel gelangten nach 21 Obduktionen zu der wertvollen Erkenntnis, dass die für die Politik so wichtigen

Beatmungsplätze keine Lösung

(<https://www.ksbl.ch/blog/soekdfa>) sind:

„Bei Covid-19 entstehen Blutgerinnsel, welche die Blutbahn in der Lunge verstopfen. Wird der Patient nun beatmet, gelangt der Sauerstoff zwar ins Blut, verteilt sich aber nicht mehr von der Lunge in den Körper. Dies führt schließlich zum Tod. Nur wenige der untersuchten Patienten wiesen Anzeichen einer Lungenentzündung

auf.“

Über die hohen Todeszahlen in New York **war zu lesen** (<https://www.bloomberg.com/news/articles/2020-04-22/almost-9-in-10-covid-19-patients-on-ventilators-died-in-study>), dass 88 Prozent der zwangsbeatmeten Covid-19 Patienten starben und dass die Tode zum Großteil auf Behandlungsfehler zurückzuführen sind, weil Blutverdünnungsmittel statt Zwangsbeatmung die richtige Wahl gewesen wären.

Abgesehen von diesen wenigen Ausnahmen mit widersprüchlichen Ergebnissen stelle ich mir die Frage:

Warum ordnen Bundesregierung und Bundestag im Infektionsschutzgesetz keine Obduktionen an? Warum werden sie von den Medien nicht gefordert? Beweist das nicht, dass gar kein Interesse am wahren Ausmaß der Gefahr besteht?

Stattdessen unternahm das dem Bundesgesundheitsminister unterstellte Robert Koch-Institut alles, um Obduktionen zu verhindern. Der Bundesverband Deutscher Pathologen **widersprach dem RKI** (<https://www.der-niedergelassene-arzt.de/kommcenter/coronaktuell/news-details/coronaktuell/an-corona-verstorbene-sollten-obduziert-werden>) jedoch ausdrücklich.

Wenn Covid-19 nicht neu und auch nicht sonderlich gefährlich ist, würde das durch **Obduktionen wie bei Professor Püschel** (<https://www.youtube.com/watch?v=mPM1CZlvN10>) auf einer extrem breiten Datenbasis dokumentiert. Dann stehen Regierungen in aller Welt ebenso wie die hetzenden Massenmedien bestenfalls als kopflose Narren da.

Mal angenommen, Ihre Petition hätte Erfolg und Obduktionen

würden Pflicht bei Pandemien: Welches Gesamt-Obduktionsergebnis halten Sie bei Covid-19 für realistisch?

Als Journalist und medizinischer Laie kann ich es nur mit dieser Antwort versuchen: Heute stehen wir bei 9.253 offiziellen Corona-Toten. Das sind 0,011 Prozent der Bevölkerung, was ohnehin keine Größenordnung für eine Pandemie und die völlig überzogenen Maßnahmen ist.

Davon abziehen sind alle, die zum Zeitpunkt des Todes oder längere Zeit davor einen positiven PCR-Test hatten und dann an etwas ganz anderem verstarben, wie es zum Beispiel die Stadt Krefeld in ihrem **Nachrichtenarchiv**

(<https://www.krefeld.de/de/inhalt/corona-nachrichten-archiv-juli/>) vom 6. Juli 2020 erfrischend offen dokumentierte:

„Obwohl es laut Feststellung des städtischen Fachbereichs Gesundheit keinen neuen Todesfall im Zusammenhang mit Covid-19 zu verzeichnen gibt, muss die Zahl der Verstorbenen systemrelevant um einen Fall auf nun 23 heraufgesetzt werden, um die Statistik an die des Robert Koch-Institutes anzupassen. Grund ist, dass Personen, die einmal positiv auf das Coronavirus getestet wurden und später versterben, grundsätzlich in dieser Statistik aufgeführt werden. Im vorliegenden Krefelder Todesfall galt die Person (mittleren Alters und mit multiplen Vorerkrankungen), nachdem es mehrfach negative Testergebnisse gab, inzwischen seit längerem als genesen.“

Ich halte es für realistisch, dass 60 bis 80 Prozent der Personen, die in einer aus politischen Gründen konstruierten „Verbindung mit Corona“ starben, an anderen Todesursachen starben. Gehen wir also von etwa 3.000 Personen aus, die zum Zeitpunkt des Todes nicht nur Test-positiv, sondern tatsächlich auch an Covid-19 erkrankt waren.

Nehmen wir nun die einzige größere Corona-Obduktionsstudie, die

mir bekannt ist, nämlich die vom Universitätsklinikum Hamburg. Demnach starb keiner der „weit über 200“ offiziellen Hamburger Corona-Toten an Covid-19, sondern alle primär an ihren schweren beziehungsweise tödlichen Vorerkrankungen. Dann wären wir bei null Prozent Personen, die an Covid-19 starben.

Vielleicht ist es aber so, dass man in Hamburg nicht an Covid-19 stirbt, in der Berliner Charité bei Professor Drostens Kollegen hingegen schon, wo angeblich genau die 11 von 173 Corona-Toten, die man herausgepickt hat, ausnahmslos alle an Covid-19 gestorben sein sollen.

Realistisch erscheint mir, dass nicht mehr als 10 Prozent der offiziellen Corona-Toten primär an Covid-19 starben. Das wären bundesweit etwa 300 Tote beziehungsweise 0,0004 Prozent der Bevölkerung, also noch weiter entfernt von jeglichem Grund für diese Hysterie.

Dann muss man noch berücksichtigen, dass das Durchschnittsalter der Corona-Toten der durchschnittlichen Lebenserwartung entspricht. Kombiniert man das mit der Tatsache, dass alle angeblichen Corona-Toten schwere Vorerkrankungen hatten, bleibt die auch von Pathologen nicht exakt zu beantwortende Frage: Wie viele Tage oder Wochen wären die Toten ohne Corona-Infektion später gestorben?

Hysteriker antworten darauf, dass jedes Todesrisiko vermieden werden muss und deshalb die strengsten Maßnahmen auch für Menschen gerechtfertigt seien, die gar nicht zur Risikogruppe gehören, sogar Kinder, bei denen es keinen einzigen Covid-19-Todesfall gab.

Dem ist entgegenzuhalten, dass man dann konsequenterweise jede Art von tödlichem Risiko ausschalten müsste. Es dürfte also niemand mehr rauchen, Alkohol trinken, schwimmen, Ski fahren

oder am Straßenverkehr teilnehmen, nicht einmal als Fußgänger. Jegliche Art ungesunder Ernährung müsste verboten werden, wobei eine Schlacht darüber toben würde, was genau in welcher Menge ungesund ist.

Zu Hause bleiben nützt auch nichts: Wenn alle zu Hause bleiben, damit niemand mehr das Risiko eines tödlichen Verkehrs- oder Arbeitsunfalls eingehen muss, sind wir alle binnen kürzester Zeit verhungert.

Wenn wir nicht vorher einen Haushaltsunfall hatten, denn auch Haushalte sind Todesfallen: Stürze von Leitern, Treppen und Fensterbänken fordern laut Statistischem Bundesamt mehr Tote als Covid-19. Krankenhäuser müssten geschlossen werden, denn schließlich sterben jährlich mehr als 20.000 Menschen an Krankenhauskeimen. Todesgefahr durch Viren und Bakterien droht überall außerhalb von Reinräumen. In jedem Kubikzentimeter Meerwasser befinden sich **rund 10 Millionen Viren** (<https://www.riffreporter.de/der-weg-zum-menschen/viren-evolution-homo-sapiens/>).

Selbst wenn sich Hysteriker mit Lebensmittelkonserven, Wasservorräten, Treibstoffvorräten und Ersatzteilen für ihre Notstromaggregate als perfekte Prepper auf eine lebenslange Isolation in einer Gummizelle vorbereiten, kann es ihnen gehen wie Fußball-Legende Schorsch Volkert, der vor ein paar Tagen mit 74 **an Herzversagen starb** (<https://www.mopo.de/sport/hsv/trauer-um-hsv-legende-seine-familie-und-uwe-seeler-sprechen-ueber--schorsch--volkert-37201114>), obwohl er keinen Alkohol trank, nicht rauchte, sich gesund ernährte und sich sein Leben lang an der frischen Luft bewegte. Wer nicht akzeptieren kann, dass ein minimales Todesrisiko jeden Tag zum Leben gehört, wird verrückt. Wie man ja an der Massenhysterie sieht.

Es ist also wahrscheinlich, dass bei einer Obduktionspflicht für

vermutete Pandemieopfer die Pathologen in Deutschland herausfinden, dass von den offiziell rund 9.000 nur etwa 300 tatsächlich an Covid-19 und nicht nur mit einem positiven PCR-Test starben. Die Zahl der Vorerkrankten, die durch Covid-19 früher starben, schätze ich als „educated guess“ auf 2.000 bis 3.000, also etwa auf ein Zehntel der Grippewelle 2018, die niemanden interessierte.

Petition steckt Bundesregierung in der Zwickmühle

Wie schätzen Sie die Chancen der Petition ein?

So oder so stecken der Petitionsausschuss und die Regierungsparteien nun in einer Zwickmühle: Sofern es gelingt, zumindest 50.000 Unterzeichner zu mobilisieren, ist das Quorum erreicht. Dann muss eine Anhörung stattfinden. Der Petitionsausschuss schreibt auf **seiner Website** ([https://epetitionen.bundestag.de/epet/service.\\$\\$\\$rubrik.quorum.html](https://epetitionen.bundestag.de/epet/service.$$$rubrik.quorum.html)):

„Wird eine Petition nach Eingang innerhalb von vier Wochen – bei öffentlichen Petitionen rechnet die Frist ab der Veröffentlichung im Internet – von 50.000 oder mehr Personen unterstützt, wird über sie im Regelfall im Petitionsausschuss öffentlich beraten. Das Besondere daran: Der Petent wird zu dieser Beratung eingeladen und darf sein Anliegen persönlich vor den Abgeordneten des Petitionsausschusses vorbringen. Dies ist aber nur der Regelfall, denn das Erreichen des Quorums führt nicht zwingend zu einer öffentlichen Beratung; die Abgeordneten des Petitionsausschusses können sich mit einer zweidrittel Mehrheit gegen die Beratung einer Petition in einer öffentlichen Sitzung entscheiden. Darüber hinaus ist es aber auch möglich, eine Petition öffentlich zu beraten, obwohl sie das nötige Quorum von 50.000 Unterstützern nicht erreicht hat. Entscheidend

ist letztlich der Inhalt der Petition.“

Die Zwickmühle entsteht, wenn ausreichend viele Menschen endlich Klarheit durch Obduktionen fordern. Dann haben der Petitionsausschuss und die Regierungsparteien zwei Möglichkeiten:

Entweder sie lassen eine öffentliche Anhörung zu und machen den Weg zur Wahrheitsfindung frei, indem sie als Sachverständige diejenigen zulassen, die ich als Petent (und Nicht-Virologe/Nicht-Epidemiologe) einlade. Das wären zum Beispiel Professor Klaus Püschel, Professor Sucharit Bhakdi, Dr. Wolfgang Wodarg, Professor Karin Mölling und Professor Martin Haditsch, die ich im ursprünglichen Text meiner Petition genannt habe.

Oder sie lassen keine öffentliche Anhörung zu und verweigern mir die Möglichkeit, Sachverständige meiner Wahl zu Wort kommen zu lassen. Das wäre das Eingestehen einer Farce. Millionen Wähler würden sich nun erst recht fragen, warum die Regierungsparteien keine öffentliche Diskussion der qualifiziertesten Experten beider Lager zulassen. Wer wirklich überzeugt ist, recht zu haben, scheut keine Diskussion mit hochkarätigen Vertretern von Gegenmeinungen.

Inwiefern war der Petitionstext „ursprünglich“? Gibt es mehrere Versionen?

Ja, denn der Petitionsausschuss schrieb uns über seinen Ausschussdienst zwei Monate nach der Einreichung, dass die Petition gemäß den „Richtlinien für die Behandlung von öffentlichen Petitionen“ nicht angenommen werden könne, weil ich „zur Begründung meines Anliegens die Namen verschiedenster Personen ohne entsprechende Autorisierung aufführe“. Daher musste ich den Text ändern, die Passage mit den Experten streichen und sie erneut einreichen.

Die ursprüngliche Version

(<https://www.economy4mankind.org/corona-obduktionen-petition/>) hatte 923 Worte. Die veröffentlichte Version

(https://epetitionen.bundestag.de/content/petitionen/_2020/_04/_09/Petition_109434.html) hat nur noch 348 Worte. Und aus irgendeinem Grund haben sie meinen Namen entfernt.

War der Einwand Ihrer Meinung nach berechtigt?

Ich fand diesen Ablehnungsgrund konstruiert und unlogisch, denn ich habe Namen von öffentlichen Personen genannt, die sich in ihrer Haltung zum Thema öffentlich positioniert haben und ausdrücklich an einer Verbreitung ihrer Meinung interessiert sind. Und zwar Professor em. Sucharit Bhakdi, Professor John Ioannidis, Professor em. Karin Mölling, Professor Carsten Scheller, Professor Hendrik Streeck, Professor Martin Haditsch, Professor em. Stefan Hockertz, Professor Eran Bendavid, Dr. Jay Bhattacharya und Dr. David Katz. Diese Namen finden sich übrigens auch alle im Rubikon-Artikel „120

Expertenstimmen zu Corona

(<https://www.rubikon.news/artikel/120-expertenstimmen-zu-corona>)“.

Die meines Erachtens einzige logische Erklärung ist, dass der Petitionsausschuss Gründe konstruieren wollte, um die Petition nicht anzunehmen. Dafür spricht auch das viermonatige Hinauszögern.

Und dafür spricht auch, dass der Bundestag keinerlei Eigeninitiative zeigt, durch Obduktionen beim wichtigsten politischen Thema des Jahres endlich belastbare Daten und Fakten zu schaffen.

Wie hoch sind Ihre Erwartungen an den Petitionsausschuss?

Meines Wissens gab es in der Geschichte der Bundesrepublik keine erfolgreiche Petition beim Petitionsausschuss des Bundestags, wenn

das Ziel der Petition im Konflikt mit den Zielen der Regierung stand. Anders ausgedrückt:

Petitionen haben nur dann eine Chance auf Erfolg, wenn sie überflüssig sind, weil die Regierungsparteien ohnehin die gleichen Ziele haben.

Warum sollte es einen Weg zu einer erfolgreichen politischen Initiative von einfachen Bürgern geben, wenn diese gar nicht erwünscht ist? Ich habe also gar keine Erwartungen, aber auch eine Ablehnung wäre ein Erfolg. Denn es würde der Öffentlichkeit demonstrieren, dass der Ausschuss und die involvierten Parteien ein Anliegen ablehnen, dass man sachlich betrachtet gar nicht ablehnen kann. Wie kann man bei einer neuen und gefährlichen Krankheit die einzige Methode ablehnen, um belastbare politische Entscheidungsgrundlagen zu schaffen?

Es liegt im ureigensten Interesse des Bundestags, sich nicht entmachten zu lassen, sondern verfassungsgemäß als echte Legislative selbst Gesetze zu initiieren und zu beschließen. Mit **Paragraf 5 Absatz 2 Nummer 3 Infektionsschutzgesetz** (https://www.gesetze-im-internet.de/ifsg/__5.html), den Kritiker als „Ermächtigungsgesetz“ für einen allmächtigen Gesundheitsminister bezeichnen, hat sich der Bundestag komplett in der Frage entmachtet, wie mit Pandemien umzugehen ist.

Zusammenbruch des politischen und medialen Establishments?

Wie kommen Bundestag und Bundesregierung aus der Nummer wieder heraus?

Eigentlich gar nicht. Denn nun sitzt die Bundesregierung in der

Zwickmühle:

Wenn Covid-19 tatsächlich eine erstens neue und zweitens gefährliche Krankheit ist, führt gar kein Weg an einer gesetzlichen Pflicht zu Obduktionen vorbei, damit Experten die biologischen Wirkungen verstehen, die Pandemie eindämmen und Therapien entwickeln können. Ordnet die Regierung bei einer neuen und gefährlichen Krankheit keine Obduktionen an, gefährdet sie vorsätzlich das Leben aller Menschen.

Was wäre die politische Konsequenz, wenn Ihre Petition Erfolg hat?

Robert Lynd formulierte Möglichkeit 1: „Es ist leichter eine Lüge zu glauben, die man schon hundertmal gehört hat, als die Wahrheit, die man noch nie gehört hat.“ Insofern ist es nicht unwahrscheinlich, dass die Menschen wie bei den Fehlalarmen bei Sars-CoV-1 2003 oder bei der Schweinegrippe 2009 schon wieder nichts lernen.

Möglichkeit 2: Wähler, Zuschauer, Zuhörer und Leser wenden sich mit großer Enttäuschung von Regierungsparteien und Massenmedien ab, sobald ihnen bewusst wird, dass ihr Urvertrauen so schamlos manipuliert und missbraucht wurde. Es könnte zu einem völligen Zusammenbruch des politischen und medialen Establishments kommen, sobald sich die Wahrheit nicht mehr durch Desinformation und „Gaslighting“-Psychotricks verbergen lässt. Das Kartenhaus der Angst könnte einstürzen. Diese Petition könnte helfen, die kritische Masse für die Widerstandsbewegung zu erreichen.

Petition mitzeichnen: Bis zum 14. September 2020 kann die Petition

„Obduktionen als verpflichtende Maßnahme bei Epidemien“ [hier](https://epetitionen.bundestag.de/content/petitionen/_2020/_04/_09/Petition_109434.html) (https://epetitionen.bundestag.de/content/petitionen/_2020/_04/_09/Petition_109434.html) mitgezeichnet werden.

Dirk Westerheide, Jahrgang 1957, begann seine Laufbahn als Journalist bei Tageszeitungen in Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein, arbeitete dann als Sportjournalist bei *kicker*-Sportmagazin. Bis 2012 war er Herausgeber des „Inside Magazin“ im Bergischen Land. Seit 2013 leitet er eine Event-Agentur, die Messen veranstaltet, deren Durchführung durch Corona-Maßnahmen fast unmöglich geworden ist. Seit 2018 ist er Pressesprecher von economy4mankind.



Jörg Gastmann, Jahrgang 1964, wunderte sich bereits in den 1980er Jahren beim Studium der Wirtschaftswissenschaften an der Ruhr-Universität Bochum über die Widersprüche zwischen Volkswirtschaft und Betriebswirtschaft. Er lebt in Bergisch Gladbach und ist Sprecher der NGO economy4mankind.org sowie Autor des Buches „Die Geldlawine“. Von 2009 bis 2011 war er Bundesvorsitzender der sozialliberalen Kleinpartei „Deutsche Demokratische Partei“. Hauptberuflich arbeitet er als Suchmaschinenoptimierer.

Dieses Werk ist unter einer **Creative Commons-Lizenz (Namensnennung - Nicht kommerziell - Keine Bearbeitungen 4.0 International)** (<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>) lizenziert. Unter Einhaltung der Lizenzbedingungen dürfen Sie es verbreiten und vervielfältigen.

